

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

326

Wien, am 21. Dezember 1937.

## Entfallene Sprechstunden.

Am 23. und 30. d. entfallen die Sprechstunden bei Vizebürgermeister Lahr sowie der Parteienverkehr in seinem Sekretariat.

Am 24. d. entfällt die Sprachstunde beim stellvertretenden Leiter des städtischen Finanzamtes Senatsrat Dr. Leppa.

## Die Richtlinien des Wiener Wohnungsamtes.

In der heutigen Sitzung der Wiener Bürgerschaft wurden Mitteilungen über die Richtlinien gemacht, an die sich das städtische Wohnungsamt bei der Vergebung städtischer Wohnungen zu halten hat. Erster Grundsatz ist die bevorzugte Berücksichtigung kinderreicher Familien, zweiter Grundsatz ist die besondere Berücksichtigung eines festgestellten Notstandes, wie vor allem Obdachlosigkeit infolge unverschuldeter gerichtlicher Delogierung, Baufälligkeit oder Gesundheitsgefährlichkeit oder Ueberfüllung der bisher innegehabten Wohnung. Schliesslich werden Tauschansuchen zwischen städtischen Mietern bewilligt, falls wichtige Gründe, zum Beispiel Ueberbelag, Krankheit, körperliche Gebrechen oder weite Entfernung vom Arbeitsorte, nachgewiesen werden.

Die Behauptung, dass in städtischen Häusern von den Mietern angeblich auch "Ablösen" gefordert werden, ist vollkommen unrichtig. In städtischen Häusern gibt es keine Ablöse! Vermutlich liegt hier ein Missverständnis vor. In vereinzelt Fällen werden nämlich Aussenstände an Mietzins vom neuen Mieter zur Abstattung in zumeist kleinen Raten übernommen, niemals aber war dieser Umstand eine Bedingung der Wohnungszuweisung. Die Zahl und durchschnittliche Höhe dieser Leistungen ist seit 1934 im steten Rückgang, sie betrug heuer ungefähr nur 130 Schilling. Auch die Meinung, dass für städtische Wohnungen in Neubauten doppelt so viel Zins gezahlt werde als in Privathäusern, ist falsch. Für die städtischen Althäuser gilt das Mieterschutzgesetz, in den städtischen Neubauten sind die Mietzinse wohl etwas höher, jedoch sehr viel entfernt von dem Ausmass, das in privaten Neubauten gefordert und gezahlt wird. Hier sei noch bemerkt, dass in den städtischen Häusern vor allem die wirtschaftlich schwachen Familien, unter ihnen sehr viele Arbeitslose Zuflucht suchen. Dieser Hinweis genügt wohl zur Erklärung, dass der Ertrag der grossen Wohnungsanlagen, die unter der früheren Verwaltung errichtet wurden, in keinem Verhältnis zu den Baukosten steht.

Gegenüber irrtümlichen Auffassungen muss festgestellt werden, dass das neue Wohnungsnachweisgesetz mit dem sogenannten Mieterschutz keinerlei rechtlichen Zusammenhang hat, sondern lediglich zwei wichtige Aufgaben zu erfüllen hat: erstens eine klare ziffernmässige Beobachtung des Wohnungsmarktes, insbesondere der Leerstellungen, zweitens eine Erleichterung der Wohnungssuche durch Anschlag der Leerstellungen mit allen für die Aufklärung der Wohnungssuchenden nötigen Angaben. Die Leerstellung in den städtischen Häusern ist amtsbekannt, daher wäre jede Erhebung nur überflüssige Schreibarbeit. Die Vergabung der freien städtischen Wohnungen erfolgt schon wegen der grossen Ueberzahl der als sehr dringend vorgemerkten Wohnungssuchenden so rasch als möglich. Trotz der Neubautätigkeit sind <sup>so</sup> viele tausende dringende Wohnungssuche beim Wohnungsamt vorgemerkt, dass bestenfalls in drei Jahren der letzte darankommen kann. Welchen Sinn sollte es ~~da~~ haben, diese für Wohnungswerber, die beim privaten Hausbesitz nicht unterkommen können, bestimmten, leider wenigen Wohnungen auch noch allen anderen Wohnungswörbern durch Anschlag anzubieten? Diese würden vermutlich einen solchen Vorgang

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am.....

als Irreführung betrachten. Diese Erwägungen zeigen, dass die Bestimmung des Wohnungsnachweisgesetzes über die Wohnungen, die im öffentlichen Besitz sind, wohl begründet ist. Dieses Gesetz hat keinerlei Spitze gegen den privaten Hausbesitz, sondern dient einer Frage, an deren einwandfreien Beantwortung sowohl die öffentliche Verwaltung und das Baugewerbe, wie auch Hausbesitzer und Mieter lebhaft interessiert sind.

## Wiener Bürgerschaft.

Bericht über die öffentliche Sitzung vom 21. Dezember 1937.

Die Wiener Bürgerschaft setzte heute die Freitag nachts abgebrochene Budgetberatung fort. Vor Eingehen in die Tagesordnung hielt Bürgermeister Richard Schmitz dem am 18. d. verstorbenen Rat Dr. Paul Schwarz, auf dessen Platz ein Lorbeerkrantz liegt, und dem am 16. d. im Kraftwerk Simmering der städtischen Elektrizitätswerke tödlich verunglückten Maschinisten Ludwig Köck ehrende Nachrufe, die vom Hause stehend angehört wurden.

Der Bürgermeister sagte:

"Am Beginne dieser unserer Sitzung muss ich Ihre pietätvolle Aufmerksamkeit für zwei Todesfälle erbitten, die gewiss uns allen nahegehen.

Die Wiener Bürgerschaft hat einen schweren Verlust zu beklagen: unser Mitglied Generalrat Dr. Paul Schwarz ist am Samstag, den 18. d., einem Herzschlag erlegen.

Dr. Paul Schwarz, am 23. August 1866 in Wien geboren, absolvierte das Gymnasium in Kremsmünster und die rechts- und staatswissenschaftlichen Studien an der Wiener Universität, an der er 1882 promovierte. Im Jahre 1885 trat er in die Dienste der "Erste österr. Spar-Casse" ein, der er bis zu seinem Tode, seit 2 Dozennien als Generalsekretär, angehörte. Im Jahre 1925 wurde er zum Generalrat der österr. Nationalbank gewählt.

Dr. Schwarz erfreute sich in weiten Kreisen der Wiener Bevölkerung besonderer Wertschätzung und Beliebtheit.

Der Wiener Bürgerschaft gehörte der Verblichene seit Beginn an, und zwar als Vertreter des Berufsstandes "Feld-, Kredit- und Versicherungswesen". Seine Liebenswürdigkeit und Bereitwilligkeit, mit denen er seine reichen Erfahrungen und Kenntnisse jederzeit gerne zur Verfügung stellte, sicherten ihm auch in diesem Hause dankbare Verehrung. Die Stadt verliert in ihm einen treuen und verdienstvollen Sohn, wir alle einen arbeitsfreudigen Mitarbeiter. Die Wiener Bürgerschaft wird ihm daher stets ein ehrenvolles Andenken bewahren.

Der Trauer um einen hervorragenden Vertreter guten alten Wiener Bürgertums schliesst sich die Trauer um einen vorbildlichen Arbeiter an.

Am 16. Dezember l. J. ereignete sich im Kraftwerk Simmering der städtischen Elektrizitätswerke ein Betriebsunfall, der leider den Tod eines pflichtgetreuen Arbeiters zur Folge hatte. Der Maschinist Ludwig Köck erlitt infolge eines Bruches im Dampfteil einer Turbine dadurch einen tödlichen Unfall, dass er, als er das Geräusch einer heissgelaufenen Welle in der Turbine wahrnahm, sofort zur Maschine eilte, um mittels einer Hilfspumpe Reserveöl zuzuführen; die Welle der Turbine war jedoch bereits glühend geworden, sie setzte das zugeführte Öl in Brand, das herausspritzte und den pflichtgetreuen Maschinisten übergoss und seine Kleider in Brand steckte. Obwohl sofort Hilfe zur Stelle war und Arbeitskameraden dem Verletzten unter Gefährdung der eigenen Person die brennenden Kleider vom Leibe rissen, hatte

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

III. Blatt

Wien, am.....

Köck Brandwunden aller drei Grade erlitten und musste in hoffnungslosem Zustande auf die Klinik gebracht werden, wo er am gleichen Nachmittag seinen schweren Verletzungen erlag.

Immer treu und zuverlässig, hat Ludwig Köck durch seine aufopfernde Hingung in einem kritischen Augenblick, der für das ganze Werk gefährlich werden konnte, ein Beispiel der Pflichttreue bis in den Tod gegeben; dafür soll dem Andenken dieses bescheidenen Arbeiters dankbare Erinnerung geweiht werden.

Die städtischen Elektrizitätswerke sind in meinem Auftrage bestrebt, die Folgen des Unfalles des Familienerhalters für die unglückliche Familie zu mildern. Die Witwe des Verstorbenen erhält auf Grund der bestehenden Bestimmungen eine Rente, bei deren Bemessung der tödliche Unfall voll angerechnet ist. Ich habe ausserdem verfügt, dass die Kosten des Leichenbegängnisses aus städtischen Mitteln getragen und geeignete Schritte unternommen werden, um den beiden Kindern des Verstorbenen eigene Existenzmöglichkeiten zu schaffen.

Sie haben sich, meine sehr geehrten Frauen und Herren, zum Zeichen der Trauer von den Sitzen erhoben. Ich danke für diese Kundgebung und werde diese dem Protokoll der heutigen Sitzung einverleiben lassen."

Es wird in die Tagesordnung eingegangen und das Kapitel "Bauamt" in Verhandlung gezogen. Berichterstatter ist Stadtbaudirektor Dr. Ing. Musil, der auch über die Einnahmeposten des Kapitels "Arbeitsbeschaffung" referiert, worüber wir bereits ausführlich berichtet haben.

Rat Nedomansky ersucht, vor allem auch mit Rücksicht auf die Interessen der Förderung des Fremdenverkehrs, darum, dass die Hochstrahlbrunnenanlage auf dem Schwarzenbergplatz in der warmen Jahreszeit in vollem Betriebe gehalten und einmal in der Woche auch die Leuchtanlage in Funktion gesetzt werde. Ferner bittet er um die Inbetriebsetzung auch aller anderen Brunnen von künstlerischem Wert in Wien.

Rat Obrutzka dankt dem Bürgermeister für die grosszügige und umsichtige Arbeitsbeschaffung der Stadt Wien. Namens der gewerblichen Arbeiterschaft, vor allem der im Baugewerbe, hält er eine weitere Erhöhung der für den Wohnhausbau präliminirten Mittel für zweckmässig, da in Wien noch immer ein sehr grosser Bedarf von Klein- und Mittelwohnungen besteht.

Ein Ausgleich auf dem Wohnungsmarkte sei nur erreichbar, wenn der grosszügigen Bautätigkeit der Stadt Wien auch die private Bautätigkeit entsprechend zu Hilfe kommt. Die hohen Mietzinse, die in neuen privaten Wohnhausbauten vielfach bestehen, entsprechen wohl nicht den grossen Gesichtspunkten der Förderung der Familie. Es ist nach wie vor Aufgabe der Gemeinde, hier regulierend zu wirken, und zwar sowohl durch eine Fortsetzung der Bautätigkeit als auch durch eine entsprechende Kontrolle der Mietzinse. Auch auf dem Gebiete der Verbesserung alter Wohnungen muss die Gemeinde auch weiterhin schrittmachend vorangehen. Dankend erkennt der Redner die Assanierungsbautätigkeit der Stadtverwaltung an, doch bemerkt er, dass Mietzinse von 80 bis 120 S monatlich und noch mehr in Assanierungsbauten nicht zu den Seltenheiten gehören. Bezüglich der Strassenbauten bringt der Redner den Wunsch der Pflasterer und Hilfsarbeiter zum Ausdruck, neben Asphalt- und anderen modernen Strassendecken auch den heimischen Stein zu verwenden. Die wohltätige Wirkung der grosszügigen Arbeitsbeschaffung der Stadt Wien könnte gewissermassen noch gesteigert werden, wenn zur Verrichtung gewisser Arbeiten, insbesondere im Tiefbau, weniger Maschinen verwendet würden. Der Redner bittet, mit Nachdruck,

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

IV. Blatt

Wien, am .....

die Bauarbeiten im Frühjahr 1938 so früh wie nur möglich zu beginnen, und ersucht schliesslich, bei Vergabe von Arbeiten nach wie vor nicht nur auf die fachliche Qualität, sondern auch auf die soziale Einstellung der betroffenen Firmen Bedacht zu nehmen, da hierdurch neben der praktischen Arbeitsbeschaffung auch der sozialen Befriedung gedient wird.

Rat Simon verweist auf die Motorisierung des Lastfuhrwesens und auf die Tatsache, dass in den letzten Jahren wieder der Pferdebetrieb stärker hervortritt, wobei die Lastwagen mit Gummirädern versehen worden, was für die Strassendecken von Vorteil ist und auch der Lärmplage entgegenwirkt. Die Gemeinde Wien möge diese Bestrebungen durch Gewährung von Zuschüssen an kleinere Fuhrwerksbetriebe und kleinere Unternehmer unterstützen; diese Zuschüsse müssten wie beim Hausreparaturfonds ohne Verpflichtung der Rückzahlung bewilligt werden. Redner bittet den Bürgermeister, in diesem Sinne um eine Anordnung, etwa durch Einsetzung einer aus Vertretern der Interessenten der Wiener Bürgerschaft und der städtischen Fachbeamten zusammengesetzten Kommission, die diesen Vorschlag zu prüfen hätte.

Frau Rat Dr. Motzko sagt, der Modernisierung der Stadt und dem Stadtbildes werde von der Gemeindeverwaltung grosses Augenmerk zugewendet worden, hierbei altes Kulturgut geschont und erhalten und in glücklicher Weise zur Geltung gebracht, wie die neue Stiegenanlage bei der Kirche Maria am Gestade zeigt. Man müsse aber einer Art der Kritik entgegen treten, die nicht sachlich und verständnisvoll, sondern einseitig und überspitzt sich gegen Neuschöpfungen wendet. Der moderne Stil bei Assanierungs- und Neubauten offenbart noch das Suchen und Ringen um seinen eigenen Ausdruck, er ist noch nicht ausgereift, wohl aber merkt man viel Schönes und Eigenartiges. Beispielsweise zeigt der Schulhausbau von Aspern eine schöne reiche Gliederung, auch der Zierrat der Häuser setzt sich in neuer schöner Form durch. Diese Entwicklung wird vom Bauamt verständnisvoll gefördert, doch sollten auch private Unternehmer und Geschäftsleute mithelfen; das könnte vielfach dazu beitragen, die in der Künstlerschaft bestehende Not zu lindern. Ein Zusammenwirken des Stadtbauamtes und des Kunstbeirates mit den städtischen Vertretern der Künstlerschaft selbst wäre dazu berufen, neue Wege zu finden, das Alte mit dem Neuen, das Nützliche mit dem Schönen und die Pflege der Tradition mit der Lebenskraft für die Zukunft zu verbinden.

Rat Ing. Herrmann erklärt, der Voranschlag zeige, dass das Stadtbauamt das wichtigste Instrument der Arbeitsbeschaffung darstellt. Auf Schritt und Tritt treten uns Grosstaten entgegen, die für Generationen bindend sein werden. Auf den Hochbau werde ein beträchtlicher Teil der verfügbaren Mittel verwendet in der richtigen Ansicht, dass dadurch viele Gewerbezweige Arbeit und Beschäftigung finden. Für diese technischen Grosstaten verdiene das Stadtbauamt volle Anerkennung (Lebhafter Beifall). Die freien Berufstechniker und Architekten drücken dem Stadtbauamt und seinem verdienstvollen Leiter die volle Anerkennung ihres Standes mit der Bitte aus, diese wohlwollende Haltung auch im nächsten Jahre zu bekunden.

Rat Ing. Gross schliesst sich dem Danke des Vorredners an und nimmt zur Frage der Arbeitsvergebungen Stellung, die im Interesse des Baugewerbes genau geregelt werden sollen. Hinsichtlich des Strassenbaues regt Redner die Erlassung eines Expropriationsgesetzes an, damit in Zukunft nicht zu hohe Beträge an Grundbesitzer für die bei Strassenbauten notwendigen Grundflächen gezahlt werden müssen. Der Redner ersucht um Auskunft, wie weit die zur Kanalisierung von Hetzendorf notwendigen Vorarbeiten gediehen sind. Redner tadelt

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

V. Blatt

Wien, am.....

dass viele Hausbesitzer ihre Häuser nicht entsprechend instandhalten und meint, dass hier die Stadtverwaltung eingreifen möge. Ferner bittet er, bei Neubauten die Künstlerschaft entsprechend zu berücksichtigen. Sodann teilt der Redner <sup>mit,</sup> dass die Baugewerkschaft den Vertrag für das Baugewerbe mit 31. Dezember gekündigt und neue Lohnforderungen, die durchschnittlich eine 12prozentige Erhöhung bedeuten, vorgelegt habe, was den Hoffnungen der Bauunternehmer, dass die Lohnsätze herabgesetzt werden, zuwiderläuft. Wir bauen infolge der sozialen Lasten viel zu teuer, wodurch zur Arbeitslosigkeit beigetragen wird. Wenn auf der einen Seite auf die hohen Mietzinse hingewiesen wird, darf man auf der anderen Seite keine Lohnforderungen stellen. Die hier bekanntgegebenen Mietzinse sind unrichtig, weil z.B. eine Wohnung, bestehend aus Zimmer, Küche, Vorraum und Badenische für 60 S zu haben ist. Der Redner beschäftigt sich sodann mit der kürzlich beschlossenen Einführung eines Wohnungsnachweises in Wien und bespricht die Haltung des Hausbesitzerverbandes; auch die Mieter betreiben dasselbe Geschäft der Ablösen, ohne dass es sich um ihren Besitz handelt (Zwischenrufe).

Rat Prof. Dr. Denk erklärt, die Regulierungsarbeiten in der Inneren Stadt, insbesondere in der Wollzeile, haben manche ungerechtfertigte Kritik gezeitigt, aber auch in künstlerisch hochstehenden Kreisen Wiens lebhaft Beunruhigung hervorgerufen. Bürgermeister und Stadtbaudirektor haben jedoch die Zusicherung gegeben, dass die Stadtverwaltung nicht daran denke, kulturell Wertvolles zu verändern. Ich möchte den Herrn Referenten bitten, auch der Öffentlichkeit diese Zusicherung zu geben, damit diese Beunruhigung schwindet.

Rat Friedl bemängelt die unsachgemässe Reinigung von Denkmälern. Marmorstandbilder wurden mit Säuren behandelt und die Folge ist, dass sie jetzt "an Goldsucht leiden". Redner gibt daher die Anregung, dass solche Arbeiten vorher fachmännisch begutachtet werden und dass nicht das billigste Angebot angenommen werde. Weiter ersucht er die Strassenbezeichnungen zur Nachtzeit, insbesondere an Kreuzungen, besser kenntlich zu machen, weil bei der jetzt mangelhaften Art der Fremde, insbesondere der Kraftwagenfahrer, sich oft nicht zurechtfinden.

Rat Nathschläger schildert die Schulverhältnisse auf dem Laaerberg. Nach dem Kriege hat dort eine lebhaft Bautätigkeit eingesetzt, die Zahl der schulpflichtigen Kinder ist dadurch sehr gewachsen, sie finden in der bestehenden Volksschule keinen Platz mehr, von den 400 Kindern müssen rund 180 den dreiviertel Stunden weiten Weg in die Hebelgasse zurücklegen. Der Neubau eines Schulhauses auf dem Laaerberg sei daher dringend erwünscht, zumal auch manche Wohlfahrtsinstitutionen jetzt nur ungenügend untergebracht sind, beispielsweise das Mutterschutzwerk in einer Gasthausgarderobe, für die Schulklinik und den Kindergarten sind keine genügenden Räume vorhanden. Schliesslich bittet Redner, den noch bestehenden schlechten Zustand der Innenräume in manchen Wiener Schulen durch Ausbesserungen zu beheben.

Rat Uebelhör bespricht die Regulierung der Wollzeile, die sich als dringend und unaufschiebbar erwiesen hat. Nun hatte die Zentralstelle für Denkmalschutz gegen die Demolierung des Palais Baar Einspruch erhoben, sie verlangte die Belassung der Schaufflächen und die Erhaltung der kostbaren Stuckdecken in den ehemaligen Räumen des Erbpostmeisters. Die Fassade des Palais sollte erhalten bleiben, ebenso die Gehwege; wenigstens sollte die Hebung des Strassenniveaus erfolgen. Dadurch würden also die im Hause befindlichen Geschäfte um anderthalb Meter unter die Strassenhöhe sinken. Das wäre ein unmöglicher Zustand geworden. Es gehe doch nicht an, einzelne Häuser, über deren künstlerischen Wert man verschiedener Meinung sein könne, zu erhalten

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VI. Blatt

Wien, am .....

und damit die Anlage einer Verkehrsstrasse faktisch zu verhindern. Man solle mit solchen Vorschlägen der Stadt Wien nicht neue Hindernisse in den Weg legen.

Rat Ing. Petravic erörtert in Begründung der Notwendigkeit einer forcierten Arbeitsbeschaffung die Frage, ob die Verteilung des Arbeitsbeschaffenden Aufwandes für 1938 entsprechend sei oder aber sich die Notwendigkeit ergebe, besonders notleidende Industrien besonders zu berücksichtigen und die wirtschaftsbelebende und wirtschaftsfördernde Tätigkeit der Stadt Wien noch weitreichender zu gestalten. Insbesondere ersucht Redner, alle für die Gestaltung unserer Wirtschaft verantwortlichen Faktoren um eine stärkere Berücksichtigung der Metall- und Elektroindustrie, um für diese, deren gesteigerte Beschäftigung eine wesentliche Erleichterung für den Arbeitsmarkt bringen könnte, neue Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen. Vor allem wünscht Redner eine stärkere Beschäftigung der österreichischen Telefonindustrie, und zwar im Rahmen des städtischen Arbeitsbeschaffungsprogrammes durch Ausgestaltung der Telefonanlagen bei den Bezirkshauptmannschaften, Märkten, Lagerhäusern usw. Redner nimmt für die Unterbindung jeglichen Anreizes zu einer Schleuderkonkurrenz Stellung und tritt für eine gerechte Preiserstellung bei öffentlichen Arbeitsausschreibungen, für eine rechtzeitige Vergabung der vorgesehenen Arbeitsaufträge und schliesslich für die Erstellung von langfristigen öffentlichen Arbeitsprogrammen ein, die auf eine Reihe von Jahren sich erstrecken sollen.

Rat Preyer erwidert auf die Ausführungen des Rates Ing. Gross, dass die Frage der Kollektivverträge hier nicht zu dergleichen ausfälligen Ausführungen führen sollte. Herr Rat Gross hat gesagt, dass die Erhöhung der Löhne ein Mutwillensakt der Gewerkschaft sei. Ich muss das als eine Beleidigung der Bauarbeiterschaft bezeichnen und auf das schärfste zurückweisen. Der Herr Rat hat vergessen, dass mehr als die Löhne der Bauarbeiter die kartellierten Preise für Baumaterialien zur Herabsetzung der Bautätigkeit beitragen. Ich muss mein Bedauern zum Ausdruck bringen, dass hier auf diese Art Diskussion geführt wird.

Rat Dr. Ing. Hongl anerkennt, dass sehr viel für Strassenerhaltung in Wien geleistet wird, gibt aber auch dem Wunsch Ausdruck, dass die Heiligenstädterstrasse, die sehr wesentlich für den Verkehr sein wird, wenn die Höhenstrasse nach Klosterneuburg ausgebaut sein wird, und auch die für den Verkehr wichtige Schottengasse einer Verbesserung unterzogen werden. Sodann bespricht Redner das Grinzing Problem, dankt dem Bürgermeister, dass er den richtigen Weg zu dessen Lösung gefunden habe, und gibt der Hoffnung Ausdruck, dass der Ausgang des Wettbewerbes gezeigt habe, dass ein guter Wille am Werke ist und dass man das Beste machen werde, was möglich ist. Zum Schluss dankt er im Namen der Grinzinger und aller Freunde von Grinzing dem Bürgermeister.

Rat Stangelberger sagt, man möge bei der Abwicklung des Verkehrs nicht auf die Gruppe der Fussgänger vergessen. Die Trottoirs seien zum grössten Teile nicht entsprechend breit. Ferner bemängelt Redner, dass oft sehr engen Stellen des Trottoirs zahlreiche Objekte aufgestellt sind, wie Schaltungskasten für das Licht, ein Wasserhydrant, eine alte Gaslaterne, ein Ständer für die Drähte der elektrischen Strassenbahn und dergleichen mehr, wodurch die Passage unmöglich gemacht wird. Schliesslich wünscht er eine bessere Bezeichnung der Strassen mit Strassentafeln.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VII. Blatt

Wien, am .....

Rat Elsinger bemängelt den Zustand von Hauptstrassen der Inneren Stadt, er verweist auf die holprige Asphaltdecke in der Kärtnerstrasse und in der Augustinerstrasse, appelliert an den Stadtbaudirektor, die Herstellung dieser Strassenzüge seinem Programm möglichst bald einzugliedern. Die Aufschriftstafeln in den Strassen entsprechen vielfach nicht den Bedürfnissen des modernen Verkehrs. An manchen Kreuzungen, die nahe aneinander liegen, mögen wie bei der Oper die Verkehrssignale gekoppelt werden. Redner bittet um eine Berücksichtigung der Textilindustrie, die von der Arbeitsbeschaffung bisher nicht erfasst wurde, und gibt zu erwägen, ob nicht den Spitälern und Altersheimen eine Reihe von Aufträgen zugewendet werden könnten. Er empfiehlt eine Ermässigung der Steuern zu erwägen, damit die Industrie wieder leistungsfähiger werde. In diesem Zusammenhang warnt Redner vor einer unbedachten Lohnpolitik.

Rat Gurschner meint, dass Kunstpflege, Kunstförderung und Denkmalpflege der Stadt Wien unter der vorhandenen hervorragenden Leitung in einer einzigen Abteilung vereinigt werden sollten.

Stadtbauamtsdirektor Dr. Ing. Musil dankt in seinem Schlusswort für die in der Debatte wiederholt zum Ausdruck gebrachte Anerkennung für die Tätigkeit des Stadtbauamtes und antwortet eingehend den einzelnen Rednern auf deren Bemerkungen. Bezüglich des Hochstrahlbrunnens am Schwarzenbergplatz teilt er mit, dass im Jahre 1938 die notwendigsten Reparaturen durchgeführt werden sollen, während für eine ständige Inbetriebhaltung dieses Brunnens sehr hohe Kosten erforderlich wären. Alle anderen städtischen Brunnen Wiens sind mit einer einzigen Ausnahme während des Sommers in Betrieb, die nicht in Betrieb befindlichen Denkmalbrunnen gehören also nicht der Stadt. Nach ausführlicher Darlegung der Gründe für die Mietzinsgestaltung an den Assanierungsbauten, erklärt der Stadtbauamtsdirektor, dass die soziale Qualität der einzelnen Firmen bei Arbeitsvergebungen genau in Betracht gezogen wird und Firmen, die Kollektivverträge nicht einhalten oder sonst unsozial sind, für Arbeitsaufträge gar nicht beantragt werden. Zur Frage der Denkmalpflege, insbesondere im Zusammenhang mit dem Palais Paar in der Wollzeile, wirft der Stadtbauamtsdirektor die Frage auf, ob es der richtige Standpunkt sei, ein einziges Gebäude zu schützen, wenn die gesamte Umgebung desselben sich schon längst verändert hat, und vertritt den Standpunkt, dass richtigerweise gewisse Schutzgebiete innerhalb der Stadt geschaffen werden sollten. In dem alten Universitätsviertel, in der Bäckerstrasse, in der **Sonnenfelsgasse** usw. werden überhaupt keine Änderungen erfolgen. Zur Förderung der Kunst und zur Hilfe für die Künstler wird im Sinne eines Auftrages des Bürgermeisters dafür gesorgt, dass bei allen Assanierungsbauten und anderen städtischen Bauten auch künstlerische Leistungen zur Geltung kommen. Die vielfach noch rückständigen Verhältnisse auf dem Gebiete der Strassentafeln sollen nach Möglichkeit in einem lebhafteren Tempo aufgeholt werden (Beifall).

Der Vorsitzende Vizobgm. Lahr dankt dem Referenten für dessen sachliche Ausführungen und spricht dem Leiter des Stadtbauamtes sowie dem Stadtbauamt selbst für deren Tätigkeit Dank und Anerkennung aus. Für eine Stellungnahme zur Frage der Erhaltung oder Niederreissung historischer oder künstlerisch wertvoller Bauten seien finanzielle, wirtschaftliche, verkehrstechnische und Konstruktionsmomente der Stadt Wien zu berücksichtigen. Bauten von anerkannter Massens ganz hohem Wert seien unbekümmert um wirtschaftliche und finanzielle Momente tunlichst zu schützen und alte historische Bauten dort, wo ihre Beseitigung nicht notwendig ist, zu erhalten. Schliesslich seien im Sinne der Ausführungen des Stadtbauamtsdirektor künstlerische und historische Schutzgebiete innerhalb der Stadt zu erhalten.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VIII. Blatt

Wien, am .....

Bürgermeister Schmitz : Ich habe bereits vor einigen Wochen den Auftrag gegeben, mir eine Entschliessung vorzubereiten, eine gemischte Kommission einzusetzen, die aus sachkundigen Beamten und Mitgliedern des Kunstbeirates der Stadt Wien und aus Männern bestehen soll, die, ohne Fachleute zu sein, durch ihren Geschmack und ihre Heimatliebe besonders wertvoll sind. Diese Kommission soll zur Aufgabe bekommen, zunächst Vorschläge zu machen, welche Teile des alten Wien erhaltungswürdig und schutzwürdig sind. Dann werden die bestehenden rechtskräftigen Vorschriften zu überprüfen sein, inwieweit sie im Sinne dieses Schutzes einer Abänderung bedürfen. Das ist sachliche Arbeit, um für die zukünftige Behandlung dieser Frage klare und feste Grundlagen zu schaffen, auf denen sowohl die Verwaltung wie auch die privaten Interessenten ihre Entschliessungen aufbauen können. Ich hoffe in wenigen Wochen in der Lage zu sein, diese Kommission an die Arbeit zu rufen. (Lebhaft. Beifall).

Zum Kapitel "Wirtschaftsamt" (Berichterstatter Obersenatsrat Dr. Fenzl) spricht Rat Effenberger über das Sinken des Auftriebes auf dem Fleischmarkte, woran nicht nur der Konsumrückgang, sondern auch das Viehverkehrsgesetz und neue Abgaben Schuld tragen. Die fleischverarbeitenden Gewerbe machen den Vorschlag, neue Gebühren für Lebendware einzuführen, durch die <sup>die</sup> Belastung ermässigt wird. Es wäre auch eine Angleichung der Gebühren für Wien und die Provinz notwendig. Redner stellt fest, dass der Rückgang im Bäckereigewerbe in den letzten vier Jahren 12 7/8 Prozent an beschäftigten Arbeitern beträgt. Aus diesem Grunde wäre es notwendig, die entsprechenden Schutzmassnahmen ehestens durchzuführen.

Rat Kastl verweist auf die Lage auf dem Erzherzog Karlplatz. Die katholische Bevölkerung dieses Bezirksteiles wünsche die Entfernung des dortigen Produzenten- und Grossmarktes, die insbesondere nach Fertigstellung der Reichsbrücke dringend geboten sei, um den Platz endlich seiner ursprünglichen Bestimmung als gepflegte Anlage zuzuführen.

Rat Walla erklärt, dass er der Verlegung dieses Marktes derzeit nicht zustimmen könne, wenn er auch die Empfindungen der katholischen Bevölkerung durchaus verstehe und ihre Wünsche begreiflich finde. Eine Verlegung dieses Marktes würde den Zustrom zum Naschmarkt ausserordentlich vertärken, was aus Sicherheitsgründen durchaus nicht zu empfehlen wäre. Bevor die Marktfrage in Wien nicht endgültig geregelt werden könne, solle man an dem bestehenden Zuständen besser nicht rühren.

Obersenatsrat Dr. Fenzl erklärt in seinem Schlusswort, dass die Auflassung des Marktes auf dem Erzherzog Karlplatz erst dann vorgenommen werden könnte, wenn die Frage des Allgemeinen Obst- und Gemüsemarktes gelöst sei.

Ohne Debatte werden Bericht und Anträge des stellvertretenden Leiters des Finanzamtes Senatsrat Dr. Leppa betreffend die Einnahmeposten des Kapitels "Arbeitsbeschaffung" genehmigt. Unternehmungen

Nunmehr gelangen die Wirtschaftspläne der städtischen Wirtschaftspläne zur Verhandlung.

Nach dem Bericht des Direktors Ing. Güntner über den Wirtschaftsplan der städtischen Gaswerke referiert <sup>Dir.</sup> Ing. Beron über den Wirtschaftsplan der städtischen Elektrizitätswerke.

Rat Nathschläger stellt fest, dass der Gebarungüberschuss der Elektrizitätswerke die Folge sparsamster und wirtschaftlichster Betriebsführung ist. Redner bringt einige Wünsche um Stromermässigungen in konkreten Fällen vor.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

IX. Blatt

Wien, am .....

Nach dem Berichte des Direktors Ing. Werner über den Wirtschaftsplan der städtischen Strassenbahnen äusserte Rat Frumold Wünsche der Bevölkerung des Bezirkes Ottakring. Es möge die Linie 47 bei Betriebsbeginn um zehn Minuten früher abgelassen werden und bis 8 Uhr früh ein Fünfminutenverkehr eingeschaltet werden. Weiters wünscht der Redner, dass die Linie 10 mit der Linie 48 verbunden werde.

Rat Rechberger gibt dem Wunsche Ausdruck, dass die Strassenbahn durch Einführung von Fahrtrichtungsanzeigern, Blinklichter oder sonstige Vorkehrungen zur höheren Sicherheit des Strassenverkehrs beitragen möge.

Rat Stangelberger unterstützt die Vorschläge des Vorredners, worauf Rat Ing. Demmer ersucht, künftighin den Bericht über die städtischen Unternehmungen an das Plenum und die Darstellung sowie die Zusammenstellung der Ziffern in einer anderen Form zu geben als sie bisher üblich gewesen ist, um der Bürgerschaft die Möglichkeit zu geben, durch Vergleiche mit der Vergangenheit von der konstanten Wirtschaftlichkeit der Unternehmungen überzeugen zu können. Der Redner betont, dass den Wirtschaftsunternehmungen alle sozialen Lasten, die eigentlich der Hoheitsverwaltung zukommen, abgenommen werden sollen.

In seinem Schlusswort entgegnet Strassenbahndirektor Ing. Werner, dass die Anbringung von Winkern nicht gerechtfertigt ist, weil die Strassenbahn das Vorrangrecht im Verkehr hat.

Der Vorsitzende Vizobürgermeister Lehr stellt fest, dass die Tatkraft des Strassenbahndirektors Jahr für Jahr bemüht ist, Ordnung zu schaffen und dass eine günstige Wandlung gerade im letzten Jahr allmählich sichtbar geworden ist. Er spricht auch namens der Bürgerschaft dem Strassenbahndirektor für dessen Tätigkeit den Dank aus.

Nach den Berichten über die Wirtschaftspläne des städtischen Brauhauses (Direktor Kirner), der städtischen Leichenbestattung (Direktor Ing. Raschendorfer) und der städtischen Ankündigungsunternehmung (Direktor Pikolon) dankte der Bürgermeister der Bürgerschaft für die gründliche und sachliche Budgetberatung und entbot ihr und der gesamten Wiener Bevölkerung die besten Weihnachts- und Neujahrswünsche.

Damit ist die Budgetberatung der Wiener Bürgerschaft beendet.

-----